

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- **Informeller Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs in Salzburg** 2

Neues aus den Institutionen

Ausschuss der Regionen

- **Landeshauptmann Platter begrüßte Ausschuss der Regionen in Innsbruck** 3

Rat der europäischen Union

- **Informelle Tagung der EU-EnergieministerInnen in Linz** 4
- **Programm der österreichischen Ratspräsidentschaft** 5
- **Besprechung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens** 5
- **Brexit-Verhandlungen: aktueller Stand und weiteres Vorgehen** 6

Europäische Kommission

- **Europäische Mobilitätswoche für mehr Vielfalt im persönlichen Transport** 7
- **1 Mrd. Euro Makrofinanzhilfe für die Ukraine** 7

Europäisches Parlament

- **10 Jahre später: EU-Finanzpolitik nach dem Lehman Brothers Crash** 8
- **Internationaler Tag der Demokratie** 8

Laufende Konsultationen	9
Tagesordnungen der Institutionen	10
Impressum	10

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Informeller Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs in Salzburg

Themenschwerpunkte der Tagung waren Migration, innere Sicherheit sowie Brexit. Der Einladung von Bundeskanzler Sebastian Kurz folgten unter anderem der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk, Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

Unter größten Sicherheitsvorkehrungen fand am Mittwoch und Donnerstag ein informeller Gipfel der EU-Spitze im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft in Salzburg statt. Neben Brexit waren innere Sicherheit und der Kampf gegen illegale Migration die Hauptthemen der Gespräche.

Tusk sagte, die Migrationsdebatte habe gezeigt, „dass wir uns vielleicht nicht über alles einig sind, aber wir sind uns über das Hauptziel einig, nämlich die Bekämpfung der illegalen Migration nach Europa“. Man habe sich auf die Stärkung der EU-Außengrenzen sowie eine stärkere Zusammenarbeit mit Drittländern verständigt. Dazu gebe es bereits Pläne für einen Gipfel mit der Arabischen Liga in Ägypten im Februar. Bundeskanzler Sebastian Kurz lobte Ägypten als „sehr effizient im Kampf gegen illegale Migration“.

Im Bereich der inneren Sicherheit einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf Prioritäten für Sofortmaßnahmen. Man sei gemeinsam entschlossen, den Vorschlag der Kommission für eine Stärkung der Europäischen Grenz- und Küstenwache als Priorität voranzutreiben. Gleichzeitig gebe es offene Fragen bezüglich der Souveränität und der Größe von Frontex, die

weiter diskutiert werden müssten. Darüber hinaus wurde vereinbart, den Kampf gegen alle Formen von Cyberkriminalität, Manipulationen und Desinformation zu verstärken.

Die Tagung endete schließlich mit einem Treffen im EU-27-Format zum Thema Brexit. Diesbezüglich hob Donald Tusk drei Punkte hervor. Erstens solle es kein Rücknahmeabkommen ohne eine solide und rechtsverbindliche Backstop-Lösung für Irland geben. Zweitens einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf eine gemeinsame politische Erklärung über die künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU. Der von May vorgeschlagene Plan zur ökonomischen Zusammenarbeit werde nicht funktionieren, „weil dadurch die Gefahr besteht, den Binnenmarkt zu untergraben“, erklärte Tusk. Drittens wurde ein Zeitplan für die weiteren Brexit-Verhandlungen diskutiert. Die Stunde der Wahrheit für die Brexit-Verhandlungen werde der Europäische Rat im Oktober sein.

Abschließend dankte der Ratspräsident Bundeskanzler Kurz und der Stadt Salzburg für die Gastfreundschaft: „Es ist eine der besten politischen Leistungen, die ich je erlebt habe“.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Landeshauptmann Platter begrüßt Ausschuss der Regionen in Innsbruck

Themenschwerpunkte der zweitägigen Gespräche waren eine stärkere Zusammenarbeit zwischen EU und den Regionen, Mobilität und Verkehr, sowie die Stärkung des Binnenmarktes und der ländlichen Regionen durch Digitalisierung.

Im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft fand vergangene Woche eine außerordentliche Präsidiumssitzung des Ausschusses der Regionen im Landhaus in Innsbruck statt. Die Ergebnisse der Präsidiumssitzung wurden am Freitag von LH Günther Platter, Bundesministerin Maragarete Schramböck sowie dem Präsidenten des Ausschusses der Regionen Karl-Heinz Lambertz präsentiert.

Im Zuge dessen betonte LH Platter die Bedeutung der Regionen als „wichtigstes Bindeglied zwischen der EU und ihrer Bevölkerung“. Aus diesem Grund sei es gerade bei zentralen Fragen wie Mobilität oder Digitalisierung entscheidend, die Regionen noch stärker in den europäischen Entscheidungsprozess miteinzubinden. Präsident Lambertz verwies auf die Wichtigkeit transnationaler, interregionaler und grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit sah er als entscheidend für die künftige Verbindung zwischen den Ländern, Regionen und der EU an.

Hinsichtlich Mobilität und Verkehr betonte der Tiroler Landeshauptmann, dass ein zukunftsfähiges Verkehrssystem in Europa die Basis eines starken europäischen Marktes darstelle. Dafür brauche es ein gemeinsames Vorgehen. „Vorhandene Lücken in den bestehenden Verbindungen in Europa müssen überbrückt werden, um den Zusammenhalt zu stärken“, unterstrich Platter.

Diesbezüglich müsse gemeinsam gegen den steigenden Transitverkehr vorgegangen werden, der Tirol und andere Alpenregionen zunehmend belaste. Dazu sei eine langfristige Verlagerung des LKW-Güterschwerverkehrs auf Schienenverkehr unabdingbar.

Eine digitale Infrastruktur für die ländlichen Regionen wurde als unerlässlich angesehen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Diesbezüglich würden EU, Bund und Länder eng zusammenarbeiten, erläuterte Platter.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Informelle Tagung der EU-EnergieministerInnen in Linz

Im Mittelpunkt der Gespräche stand der Ausbau erneuerbarer Energieformen. Dabei wurde vor allem die Nutzung von Wasserstoff als zukunfts gesicherte Energieform diskutiert.

Elisabeth Köstinger präsentierte in ihrer Funktion als aktuelle Ratsvorsitzende der EU-EnergieministerInnen die Ergebnisse der Tagung vom 17. und 18. September in Linz. Im Zuge dessen stellte sie die „Hydrogen Initiative“ vor, welche von der österreichischen Ratspräsidentschaft initiiert wurde. „In dieser Initiative bekennen sich die unterzeichnenden Staaten, Organisationen und Unternehmen dazu, im Bereich der Produktion und Nutzung von Wasserstoff als zukunftsweisende Technologie weiter zu forschen und zu investieren“, so Köstinger.

Der Ausbau erneuerbarer Energieformen sei unabdingbar um die Klimaziele der EU bis 2030 zu erreichen. Die Herausforderung dabei sei die Nutzung erneuerbarer Energien „wenn die Sonne nicht scheint, der Wasserstand niedrig ist oder der Wind nicht weht“. Daher seien Speicherlösungen essentiell. Diese würden es ermöglichen, Energie vorrätig zu halten und im Falle von Überproduktion speichern zu können. Erneuerbarer Wasserstoff könne dabei künftig eine wesentliche Rolle spielen, so Köstinger. Darüber hinaus könnte die Nutzung von Wasserstoff als Antriebsenergie für Fahrzeuge dazu beitragen, die Rolle fossiler Energieträger in der Mobilität zu verringern.

Ein weiterer Schwerpunkt in den Diskussionen der EnergieministerInnen waren die geplanten Fortschritte beim sogenannten „Clean Energy Package“. „Der Abschluss dieses Pakets ist eine zentrale energiepolitische Priorität unserer Präsidentschaft“, betonte Elisabeth Köstinger.

Insgesamt zeigte sich die Vorsitzende der EU-EnergieministerInnen mit den Gesprächen in Linz sehr zufrieden: „Wir haben sehr offene und aktive Diskussionen zu den genannten Punkten geführt. Diese Gespräche sind mit großem Respekt vor den Positionen aller Mitgliedstaaten verlaufen, das ist für mich auch die Grundvoraussetzung dafür, um Fortschritte zu ermöglichen und das Clean Energy Package in den nächsten Monaten finalisieren zu können.“ Ebenfalls optimistisch zeigte sich der Kommissar für Klimaschutz und Energie Miguel Cañete. Die Gespräche in Linz hätten zu einer Präzisierung der Positionen der Mitgliedstaaten beigetragen. Daher sei er zuversichtlich, dass „wir bis zum Jahresende, noch unter österreichischer Ratspräsidentschaft, zu einem Abschluss kommen können“.

[Mehr Informationen](#)



Rat der europäischen Union

Programm der österreichischen Ratspräsidentschaft

Im Zuge der allgemeinen Ratssitzung am Dienstag wurden die Prioritäten der österreichischen Ratspräsidentschaft für die Zeit des Vorsitzes präsentiert. Österreich stellt seinen Ratsvorsitz unter das Motto: Ein Europa, das schützt.

Noch bis zum 31. Dezember 2018 hat Österreich den Vorsitz im europäischen Rat inne. Während dieser Zeit konzentriert sich Österreich darauf, die EU zu stärken und mehr Nähe zu den BürgerInnen zu schaffen. Zudem soll das Vertrauen der EU-BürgerInnen in die Handlungsfähigkeit einer verlässlichen EU wiederhergestellt werden.

Gleichzeitig ist Österreich bestrebt, gegenseitiges Vertrauen unter den Mitgliedstaaten zu fördern. Um diese Ziele zu erreichen, will Österreich das Subsidiaritätsprinzip stärken. Die EU soll sich den großen Fragen annehmen, die eine gemeinsame Lösung verlangen. Gleichzeitig

sollen die Mitgliedstaaten oder die Regionen bei kleinen Fragen selbst entscheiden. Schließlich ziehe die EU ihre Stärke auch aus der Diversität ihrer Mitgliedstaaten und Regionen. Diese benötigen genügend Spielraum für lokale Lösungen, damit bei großen Themen Geschlossenheit herrschen könne.

Darüber hinaus setzt der österreichische Ratsvorsitz drei Schwerpunkte: Sicherheit und Migration, Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung sowie Stabilität in der Nachbarschaft.

[Mehr Informationen](#)

Besprechung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens

VertreterInnen der EU diskutierten in einer Orientierungsaussprache den mehrjährigen Finanzrahmen für den EU-Haushalt für den Zeitraum 2021-2027.

Der mehrjährige Finanzrahmen der EU bietet die Möglichkeit, strategische Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Dabei geht es darum, mit den EU-Ausgaben einen Mehrwert zu erzielen. Bei der Policy Debatte hatten die MinisterInnen die Möglichkeit, ihre Prioritäten für die Finanzverhandlungen zum Ausdruck zu bringen.

Dabei wurde einerseits darüber diskutiert, wie sich die politischen Prioritäten der EU und der europäischen Mehrwert im Vorschlag zum mehrjährigen Finanzrahmen widerspiegeln. Andererseits debattierten die MinisterInnen über die vorgeschlagene Zuweisung von Mitteln für

verschiedene Politikbereiche.

Der österreichische Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien, Gernot Blümel, äußerte sich positiv zu den Gesprächen: „Unsere heutige Debatte über diese grundlegenden Fragen wird somit dazu beitragen, die Grundlagen für unsere künftigen Beratungen zu legen. Der österreichische Vorsitz plant intensive Arbeit auf fachlicher und politischer Ebene, um so weit wie möglich voranzukommen und eine künftige Einigung zwischen den Mitgliedstaaten zu erleichtern.“

[Mehr Informationen](#)



Rat der europäischen Union

Brexit-Verhandlungen: aktueller Stand und weiteres Vorgehen

Die MinisterInnen der EU-27 haben am Dienstag über das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU diskutiert. Dabei wurde die Einheit der verbleibenden 27 Mitgliedstaaten betont.

Im EU-27 Format wurde der Rat vom Brexit-Chefunterhändler der EU, Michel Barnier, unterrichtet. Barnier informierte den Rat über den Stand der Dinge seit den letzten Verhandlungsrunden mit dem Vereinigten Königreich. Die MinisterInnen hatten dabei Gelegenheit, die Situation zu erörtern und Möglichkeiten für das weitere Vorgehen zu diskutieren.

Dabei betonten die MinisterInnen die Wichtigkeit einer einheitlichen EU-Position. Zudem wurde dem Chefunterhändler volle Unterstützung für die finale Stufe des Prozesses ausgesprochen. Bis zum Austritt Großbritanniens gebe es noch einige wichtige Fragen zu klären, darunter eine praktikable „Backstop“-Lösung für die Grenze zwischen Irland und Nordirland. „Wir hoffen jedoch, dass in den kommenden Wochen

eine Einigung erzielt werden kann, die einen geordneten Brexit gewährleistet“, zeigte sich Bundesminister Gernot Blümel optimistisch. Es bleibe noch genügend Zeit, eine gemeinsame Basis zu finden und sich auf eine politische Erklärung zu den künftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich als engem Partner zu einigen. Die MinisterInnen hätten erneut gezeigt, „dass wir uns auch in dieser Endphase der Verhandlungen weiterhin für die Einheit der EU-27 einsetzen“, betonte Blümel.

Die Austrittsvereinbarung sollte rechtzeitig vereinbart werden, damit sie von beiden Parteien vor dem 29. März 2019 ratifiziert werden kann.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Europäische Mobilitätswoche für mehr Vielfalt im persönlichen Transport

Am Sonntag startete die Europäische Mobilitätswoche. Thema dieses Jahres ist „Multimobility“ und verspricht positive Auswirkungen auf Umwelt, Gesundheit und Geldbörse.

Die Europäische Mobilitätswoche steht in diesem Jahr ganz im Zeichen der Vielfältigkeit. „Europa liebt Vielfältigkeit“ lautet das Motto vom 16. – 22. September. Der Fokus liegt auf dem Konzept der Multimodalität – also der Mischung verschiedener Transportmöglichkeiten innerhalb derselben Strecke oder für verschiedene Strecken.

Viele EU-BürgerInnen entscheiden sich immer für dasselbe Transportmittel, ohne die Bedürfnisse der jeweiligen Anreise zu berücksichtigen. Dies zu hinterfragen und womöglich auf ein anderes Transportmittel umzusteigen, ist das Ziel der Mobilitätswoche. Beispielsweise könnte man anstelle des Autos den Zug zur Arbeit nehmen und so den Berufsverkehr umgehen. Wer mit

dem Fahrrad anstatt dem Auto in die Innenstadt fährt, tut der Gesundheit einen Gefallen und spart sich die lästige Suche nach einem Parkplatz. So können durch einen multimodalen Ansatz monetäre Einsparungen erzielt werden, insbesondere wenn kurze Fahrten durch Gehen oder Radfahren zurückgelegt werden.

In Österreich sind zwei Aktionen für die Mobilitätswoche registriert: „RADwerk...goes school“ und „Walk-space.at“. RADwerk hat zum Ziel, Jugendlichen und Schülern das Rad als Sportgerät und als Verkehrsmittel näher zu bringen. Walk-space.at möchte das Image des Gehens verbessern.

[Mehr Informationen](#)

1 Mrd. Euro Makrofinanzhilfe für die Ukraine

Die Europäische Kommission hat beschlossen, 1 Mrd. Euro zur Unterstützung der Reformen in der Ukraine bereitzustellen. Die mittel- und langfristigen Darlehen sollen zur wirtschaftlichen Stabilisierung beitragen.

Am vergangenen Freitag kam es zu einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Kommission und der Ukraine über eine Makrofinanzhilfe. Vizepräsident Dombrovskis unterzeichnete die Vereinbarung im Namen der EU und sagte dazu: „Europa unterstützt die Ukraine entschlossen auf ihrem Weg der wirtschaftlichen Erholung und der Reform. Das neue Programm der EU-Makrofinanzhilfe wird der Ukraine helfen, ihre wirtschaftlichen Schwachstellen abzubauen und die Stabilität zu fördern.“

Gleichzeitig werde von der Ukraine erwartet, dass sie wichtige Reformen insbesondere im Bereich der Korruptionsbekämpfung umsetze und so der Erwartung ihrer BürgerInnen gerecht

werde. Sie müsse ein starkes Signal an die internationalen Partner sowie Investoren aussenden.

Die Mittel des neuen Hilfsprogramms werden in zwei Tranchen von bis zu 500 Mio. EUR ausgezahlt. Jede Auszahlung ist an die Umsetzung bestimmter Maßnahmen geknüpft, die in der Vereinbarung zwischen der Ukraine und der EU vorgesehen sind. Zudem sind die Auszahlungen von der Erfüllung politischer Vorbedingungen abhängig. Demnach muss die Ukraine weiterhin wirksame demokratische Mechanismen wie z. B. ein parlamentarisches Mehrparteiensystem, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte beachten.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

10 Jahre später: EU-Finanzpolitik nach dem Lehman Brothers Crash

Der Insolvenzantrag der viertgrößten US-Investmentbank Lehman Brothers spielte eine entscheidende Rolle beim Ausbruch der Finanzkrise 2008. Ein Jahrzehnt später hat die EU verschiedene Initiativen ergriffen, um eine erneute Finanzkrise weniger wahrscheinlich zu machen.

Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten reagierten mit einigen wichtigen Schritten, um die Krise einzudämmen und die Integrität der Eurozone zu wahren. Beispielsweise zielt die Bankenunion darauf ab, strengere Anforderungen an die Banken mit der auf europäischer Ebene ausgeübten Aufsicht zu stellen. Es wird sichergestellt, dass jede einzelne Einlage bis zu einem Betrag von 100.000 Euro geschützt ist. Darüber hinaus richtete die EU das Europäische Semester ein, um die Wirtschaftspolitik auf nationaler und EU-Ebene zu koordinieren, eine strengere Überwachung nationaler Haushalte zu gewährleisten und gleichzeitig dem Schuldenstand größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Investitionen in der EU sind während der Krise aufgrund des geringen Anlegervertrauens drastisch zurückgegangen. Der sogenannte „Juncker-Plan“ wurde als Investitionsplan für

Europa ins Leben gerufen, um das Investitionsvolumen zu erhöhen, indem Hindernisse und Barrieren für Investitionen beseitigt wurden. Zudem wurde die Kapitalmarktunion gegründet, um es Unternehmen zu ermöglichen, an den Kapitalmärkten Barmittel zu beschaffen und nicht nur von Bankkrediten abhängig zu sein.

Trotz dieser Bemühungen sind die Auswirkungen der Finanzkrise in einigen EU-Ländern bis heute spürbar. So ist die Staatsverschuldung in der Eurozone deutlich höher als vor zehn Jahren. In Griechenland stieg sie 2017 auf 178,6% des Bruttoinlandsprodukts (gegenüber 103,1% im Jahr 2007) und in Spanien auf 98,3% (35,6% im Jahr 2007). Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist in Südeuropa nach wie vor hoch.

[Mehr Informationen](#)

Internationaler Tag der Demokratie

Zur Feier des internationalen Tages der Demokratie fand am Dienstag eine Konferenz im europäischen Parlament statt. Diese stand unter dem Motto „EU-Führung für Demokratie“.

Die EU ist ein wichtiger Unterstützer der Demokratie weltweit. In Anbetracht jüngster geopolitischer Veränderungen entstehen jedoch neue Allianzen und die Außen- und Handelspolitik entwickelt sich in Richtung Isolationismus.

In diesem sich wandelnden Kontext ist es an Europa, auf der Weltbühne eine tragende Rolle einzunehmen und die Demokratie zu verteidigen. Um diese und ähnliche Umstände zu diskutieren, fand am vergangenen Dienstag eine Tagung zum Thema „EU-Führung und Demokratie“ statt. Die

Konferenz wurde in Zusammenarbeit mit zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, dem europäischen Netzwerk Politischer Stiftungen, der Europäischen Partnerschaft für Demokratie sowie der Europäischen Kommission ausgerichtet.

Die behandelten Themen umfassten aktuelle Herausforderungen für Demokratien, die Rolle sozialer Medien in der Politik sowie Möglichkeiten zur Demokratieförderung durch weibliche Führung.

[Mehr Informationen](#)



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Verordnung über einen Verhaltenskodex in Bezug auf Computerreservierungssysteme](#)

Verkehr

17. September 2018 – 10. Dezember 2018

[Fitness-Check der Wasserrahmenrichtlinie und der Hochwasserrichtlinie](#)

Umwelt

17. September 2018 – 4. März 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Sonja Greussing